

Aufschwung mit Risiken

IW-Konjunkturprognose. Weil die Weltkonjunktur wieder Fahrt aufgenommen hat, macht auch die deutsche Wirtschaft mehr Tempo. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erwartet für 2014 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1 ¾ Prozent; im kommenden Jahr sind sogar 2 Prozent drin. Allerdings ist die Prognose wegen der weltwirtschaftlichen Risiken mit Unsicherheiten behaftet. 

Die Krise auf der Krim und die möglichen ökonomischen Folgen setzen derzeit hinter jeden Konjunkturausblick ein großes Fragezeichen. Aber auch in bedeutenden Schwellenländern wie Brasilien, Indien und China führen politische Konflikte zu wirtschaftlichen Unwägbarkeiten. Und in der EU sind die Folgen der

Staatsschuldenkrise keineswegs überwunden. Trotz all dieser Risiken geht das IW Köln davon aus, dass die Lage in den Schwellenländern nicht eskaliert und die Krise in Europa nicht zurückkehrt.

Diesen Optimismus teilen auch die gut 3.000 Unternehmen in West- und Ostdeutschland, die das IW

Köln in diesem Frühjahr befragt hat. So bewerten 46 Prozent der Firmen ihre Geschäftslage besser als im Herbst 2013, nicht einmal 14 Prozent berichten von einer Verschlechterung. Die Aussichten sind sogar noch rosiger (Grafik):

Eine Mehrheit von 53 Prozent der Unternehmen erwartet für 2014 einen Produktionsanstieg, lediglich 10 Prozent befürchten ein Minus.

Besonders zuversichtlich sind die Hersteller von Investitionsgütern wie Maschinen – von ihnen rechnen 59 Prozent mit einem höheren Output. Am schlechtesten läuft es in →

Konjunktur: In vielen Firmen geht es aufwärts

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2014 eine  Abnahme der ...  Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	9,9	54,0	11,2	47,8	10,2	53,0
Exporte	8,2	35,6	10,0	20,3	8,3	33,8
Erträge	18,5	41,4	18,2	35,4	18,5	40,7
Investitionen	13,9	45,3	19,6	35,0	14,7	44,1
Beschäftigung	13,9	38,5	16,5	33,1	14,3	37,8

Rest zu 100: gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 2.425 Unternehmen in Westdeutschland und 589 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2014

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 15 - Foto: Jonas Krüger/MEV

Inhalt

Frankreich. Obwohl in den vergangenen 20 Jahren fast 4 Millionen neue Jobs entstanden sind, kränkt der französische Arbeitsmarkt.
Seite 3

Ingenieure. Fast 240.000 der Ingenieure, die hierzulande arbeiten, sind in die Bundesrepublik eingewandert.
Seite 4-5

Tarifrunde. Vom jüngsten Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst profitiert vor allem die unterste Lohngruppe.
Seite 6

EU-Osterweiterung. Mit dem Beitritt zehn neuer Länder im Mai 2004 haben sich deren Wirtschaftsbeziehungen zu den „alten“ EU-Ländern deutlich intensiviert.
Seite 7

Saisonarbeitnehmer. Die Einführung eines Mindestlohns könnte saisonale Arbeitsplätze kosten – etwa bei den Spargelstechern.
Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ der Baubranche, aber selbst dort erwarten noch 43 Prozent der Unternehmen ein geschäftliches Plus.

Die recht günstigen Perspektiven zeigen sich auch in den weiteren Ergebnissen der Unternehmensbefragung sowie den Eckdaten der IW-Konjunkturprognose (Tabelle):

- **Außenhandel.** Im Auslandsgeschäft sind die globalen Risiken besonders relevant. Gleichwohl gehen 34 Prozent der deutschen Firmen von steigenden Exporten in diesem Jahr aus, nur 8 Prozent von einem Rückgang. Am besten ist die Stimmung im Investitionsgütersektor – dort erwarten 52 Prozent der Betriebe einen Zuwachs der Ausfuhren.

Insgesamt werden die deutschen Exporte von Waren und Dienstleistungen 2014 real um 6 Prozent höher ausfallen als im vergangenen Jahr.

Für 2015 rechnet das IW Köln mit einem Plus von 6 1/4 Prozent.

Das ist gerade deshalb erfreulich, weil der weitere Anstieg der Lohnstückkosten sowie die immer höheren Energiekosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Firmen eher schwächen.

- **Investitionen.** Weil die Geschäftsaussichten überwiegend gut sind, die Kapazitätsauslastung steigt und die Zinsen niedrig bleiben, stecken die Unternehmen wieder mehr Geld in ihre Ausrüstung, also in neue Maschinen und Anlagen. Laut IW-Umfrage gehen 44 Prozent der Firmen von steigenden Investitionen in diesem Jahr aus. Von den Dienstleistern wollen 2014 sogar 47 Prozent ihr Investitionsbudget aufstocken.

Somit legen die realen Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr

um 5 Prozent zu. Verschlechtern sich die Rahmenbedingungen nicht unerwartet, ist 2015 sogar ein Zuwachs von 6 1/2 Prozent möglich.

- **Arbeitsmarkt.** Mit dem konjunkturellen Aufschwung setzt sich auch die erfreuliche Beschäftigungsentwicklung in Deutschland fort:

Für 2014 rechnen 38 Prozent der Unternehmen mit einer steigenden Mitarbeiterzahl; nur 14 Prozent gehen von einem Personalabbau aus.

Mit Abstand die besten Jobperspektiven bietet der Dienstleistungssektor – dort wollen 41 Prozent der Betriebe zusätzliche Stellen schaffen.

Unterm Strich rechnen die IW-Arbeitsmarktexperten 2014 und 2015 mit insgesamt rund 640.000 neuen Arbeitsplätzen in Deutschland, sodass die Zahl der Erwerbstätigen auf fast 42 1/2 Millionen steigt – das wären 3 1/2 Millionen mehr als im Jahr 2005. Darunter sind allerdings viele, die bisher gar nicht am Arbeitsmarkt aktiv waren. Nicht zuletzt deshalb sinkt die Zahl der Arbeitslosen bis 2015 nur um rund 130.000 auf 2,8 Millionen.

- **Privater Konsum.** Die neuen Jobs sorgen für zusätzliches Einkommen. Da zudem die Inflation sehr moderat bleibt, steigen die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte weiter – 2014 und 2015 jeweils um 1 1/4 Prozent. Damit steuert der private Konsum in beiden Jahren etwa 0,7 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei.

IW-Prognose für 2014 und 2015

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,6	3/4	3/4
Arbeitslosenquote	6,9	6 1/2	6 1/2
Arbeitsvolumen	0,2	1	1
Produktivität	0,3	3/4	1
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1 3/4	2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,9	1 1/4	1 1/4
Konsumausgaben des Staates	0,7	1	1
Anlageinvestitionen	-0,7	4 1/4	4
– Ausrüstungen	-2,4	5	6 1/2
– Sonstige Anlagen	3,0	4	4
– Bauten	0,1	3 3/4	2 1/2
Inlandsnachfrage	0,5	2	2
Export	0,8	6	6 1/4
Import	0,9	6 1/2	6 1/2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,5	1 1/2	1 3/4
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	0,0	0	0

Stand: April 2014; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



**aus IW-Trends
1/2014**

IW-Forschungsgruppe Konjunktur:
Überschaubare Erholung in einem
risikoreichen globalen Umfeld –
IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2014
konjunktur-in-deutschland.de

Der Vergleich hinkt

Frankreich. Die angekündigten Arbeitsmarktreformen in Frankreich werden oftmals mit den durchgreifenden Reformen der Agenda 2010 gleichgesetzt – zu Unrecht.

Die von der Hartz-Kommission entwickelten und von der rot-grünen Bundesregierung in den Jahren 2003 bis 2005 durchgeführten Arbeitsmarktreformen haben die Arbeitslosigkeit in Deutschland spürbar reduziert. Der französische Arbeitsmarkt indes kränkelt vor sich hin (Grafik). Dabei konnte das Nachbarland in den vergangenen 20 Jahren durchaus beschäftigungspolitische Erfolge verzeichnen – einige davon stellen sogar die deutschen Ergebnisse in den Schatten:

Zwischen 1992 und 2012 entstanden in Frankreich 3,7 Millionen neue Jobs – ein Plus von 17 Prozent. In der Bundesrepublik betrug der Zuwachs an Stellen lediglich 3,1 Millionen bzw. 8,6 Prozent.

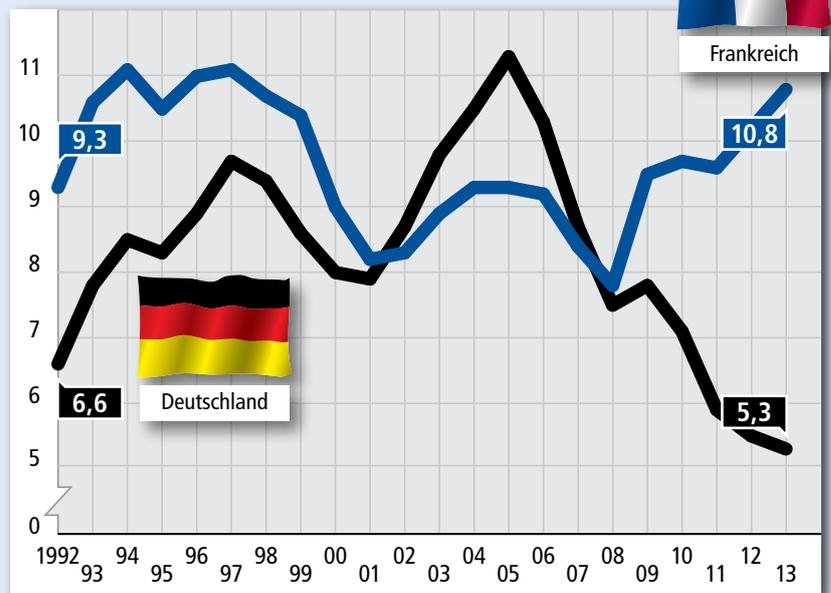
Dass die Arbeitslosigkeit westlich des Rheins trotzdem nicht gesunken ist, hat auch mit der Bevölkerungsentwicklung in Frankreich zu tun, die ganz anders verläuft als hierzulande. Während in Deutschland die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 1992 bis 2012 um knapp 600.000 Personen auf 53,9 Millionen sank, nahm sie jenseits des Rheins im selben Zeitraum um 3,6 Millionen auf 40 Millionen zu.

Heute arbeiten rund 71 Prozent der 15- bis 64-jährigen Franzosen – im Jahr 1992 waren es erst 67 Prozent.

Die demografische Entwicklung und die zunehmende Erwerbsneigung der Bevölkerung erklären al-

Arbeitslosigkeit: Zwei Welten

Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen



Arbeitslose: nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation; Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 15

lerdings nur einen Teil der Arbeitsmarktmalaise in Frankreich. Denn die Regierung hat lange Zeit ihre arbeitsmarktpolitischen Hausaufgaben nicht gemacht. Für die hohe Arbeitslosigkeit ist zudem auch der hohe Mindestlohn in Frankreich verantwortlich (vgl. iwd 14/2014). Dieser gilt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch für Jugendliche. Als Folge davon ist die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in Frankreich mit 25 Prozent mehr als dreimal so hoch wie in Deutschland – obwohl in Frankreich die Zahl der Jugendlichen zwischen 1990 und 2013 von 8,6 auf 7,9 Millionen geschrumpft ist.

Weil Arbeit zu teuer ist, will Präsident François Hollande mit seinem Programm „Pakt der Verantwortung“ die Unternehmen entlasten, indem er ihre Sozialversicherungsbeiträge um 30 Milliarden Euro reduziert. Darüber hinaus sollen Unternehmenssteuern gesenkt und Bürokratie abgebaut werden. Im Gegenzug sollen die Arbeitgeber

mehr qualifizieren und konkrete Arbeitsplatzzusagen machen.

Das Programm geht zwar in die richtige Richtung. Denn anders als in Deutschland teilen sich französische Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge nicht hälftig mit ihren Mitarbeitern, sondern die Firmen müssen einen Beitragssatz von mehr als 25 Prozent für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung schultern.

Mit den Reformen der Agenda 2010 kann Frankreich dennoch nicht mithalten. So bleiben etwa die vergleichsweise großzügigen Leistungen der Arbeitslosenversicherung unangetastet. In Frankreich bekommen Arbeitslose zwei Jahre lang Arbeitslosengeld, über 50-Jährige sogar drei Jahre lang. In Deutschland müssen sich Arbeitslose dagegen schon nach spätestens zwölf Monaten (Ältere nach 24 Monaten) mit dem wesentlich niedrigeren Arbeitslosengeld II bescheiden – der Anreiz, sich rasch um einen neuen Job zu kümmern, ist damit größer.

Zuwanderung mindert Engpässe

Ingenieure. Deutschland braucht deutlich mehr Ingenieure, als die heimischen Hochschulen ausbilden. Abhilfe kommt aus dem Ausland: Inzwischen ist jeder siebte erwerbstätige Ingenieur zugewandert und bringt seinen Abschluss oft gleich aus dem Heimatland mit.

Vom technischen Entwickler über den Manager bis hin zum Maschinenbau-Professor: Auf sämtlichen Ebenen besteht auf dem deutschen Arbeitsmarkt Bedarf an ingenieurwissenschaftlichem Know-how. Nahezu 1,7 Millionen Ingenieure arbeiten hierzulande – Tendenz steigend.

Eine Faustregel besagt: Bei einer durchschnittlichen Lebensarbeitszeit von 35 bis 40 Jahren scheiden jedes Jahr 2,5 bis 3 Prozent der erwerbstätigen Ingenieure altersbedingt aus und müssen ersetzt werden. Doch diese Technik-Experten nur zu ersetzen, reicht nicht aus, denn die Unternehmen haben zusätzlichen Bedarf. Deutliches Indiz: Seit dem Jahr 2005 ist die Zahl der erwerbstätigen Ingenieure um 265.000 gestiegen.

Um die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu decken, müssten daher

jedes Jahr pro 1.000 erwerbstätige Ingenieure zwischen 54 und 59 neue Ingenieure die deutschen Hochschulen verlassen – tatsächlich sind es im Bundesdurchschnitt jedoch nur 47.

Dies ist aber nur eine rechnerische Quote – denn in der Hochschulstatistik wimmelt es von Doppel- und Dreifachzählungen (Kasten Seite 5).

Hinzu kommt, dass je nach Anzahl der Hochschulen und Spezialisierung einige Regionen in Deutschland überdurchschnittlich viele Ingenieure ausbilden, andere wiederum gar keine (Grafik Seite 5):

In Aachen und Umgebung kommen auf 1.000 erwerbstätige Ingenieure 171 neue Abschlüsse. Damit ist die Ausbildungsquote hier fast viermal so hoch wie im Bundesschnitt.

Nordrhein-Westfalen ist der größte Ausbilder und „exportiert“ sogar Ingenieure: In NRW liegt die Aus-

bildungsquote mit 51 Abschlüssen deutlich höher als im Bundesdurchschnitt, obwohl das Land pro 1.000 Erwerbstätige nur 36 Ingenieure beschäftigt und damit sechs weniger als im Schnitt.

Viele Regionen in Süddeutschland, die zahlreiche Fahrzeug- und Maschinenbauunternehmen beheimaten und von daher Beschäftigungshochburgen für Ingenieure sind, bilden dagegen zu wenige Ingenieure aus.

In Bayern ist die Beschäftigungsquote von Ingenieuren 1,5 Prozentpunkte höher als im Bundesschnitt, die Ausbildungsquote jedoch 5 Punkte niedriger.

Unter dem Strich konnte der Ingenieurbedarf in Deutschland trotz gestiegener Absolventenzahlen in den vergangenen Jahren nicht mit heimischen Kräften gedeckt werden. Viele Unternehmen greifen daher auf Fachleute aus dem Ausland zurück. Fast 160.000 der Ingenieure, die in Deutschland arbeiten, haben eine ausländische Staatsangehörigkeit (Grafik). Rund 70 Prozent kommen aus EU-Ländern, vor allem aus Osteuropa. Auch bei Ingenieuren aus China, Indien und dem Iran ist der deutsche Arbeitsmarkt beliebt.

Nahezu 145.000 der knapp 160.000 Ingenieure mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind im Ausland geboren und nach Deutschland eingewandert. Weitere 95.000 zugewanderte Ingenieure haben mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit erworben.

Insgesamt sind fast 240.000 Ingenieure vor oder nach ihrem Studienabschluss nach Deutschland einge-



wandert – also jeder Siebte. Allein die 139.000 im Ausland ausgebildeten Ingenieure ersetzen zweieinhalb Absolventen-Jahrgänge und tragen deshalb maßgeblich zur Sicherung der Ingenieurbasis in Deutschland bei.

Verfälschende Hochschulstatistik

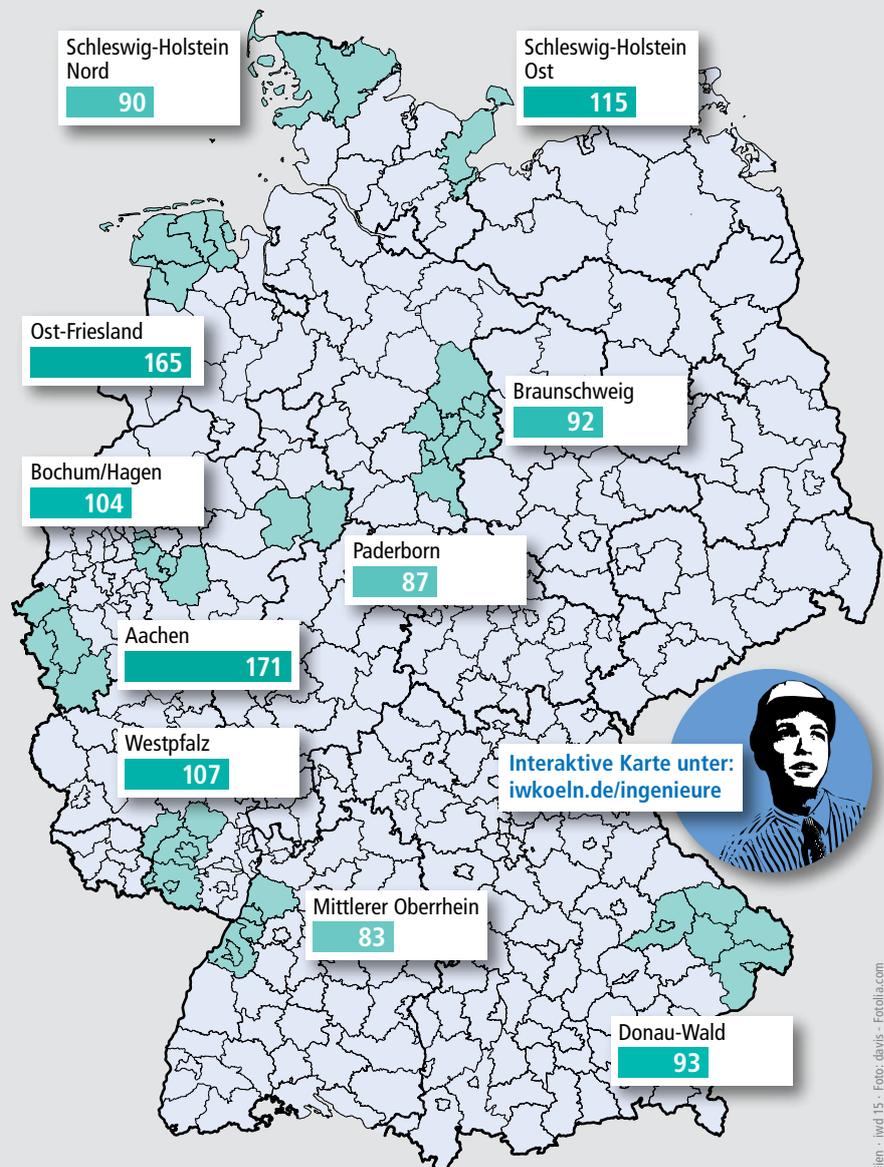
Nicht jeder neue Abschluss, der in der Hochschulstatistik gezählt wird, entspricht auch einem neuen Absolventen. Denn infolge der Bologna-Reform, mit der die Studiengänge und -abschlüsse europaweit angeglichen worden sind, ist es zu Doppel- und Dreifachzählungen gekommen. So wird beispielsweise ein Ingenieur, der 2005 seinen Bachelorabschluss, 2008 seinen Masterabschluss und 2012 seine Promotion erworben hat, mit drei Abschlüssen gezählt und taucht drei Mal als „neu“ in der Statistik auf (Fallzählung). Dem Arbeitsmarkt steht er aber nur einmal zur Verfügung (Kopfzählung). Für das Jahr 2012 verzeichnet die Hochschulstatistik knapp 78.000 Ingenieurabschlüsse, de facto haben jedoch nur gut 60.000 Personen ihr Erststudium abgeschlossen. Die tatsächliche Ausbildungsquote wird also um knapp 30 Prozent zu hoch angegeben. Dazu kommt, dass lediglich die Hälfte der Personen, die aus dem Ausland zum Studium nach Deutschland gekommen sind, nach dem Examen auch hier bleiben (vgl. iwD 42/2013). Realistisch gesehen liegt die Ausbildungsquote deutscher Hochschulen für Ingenieure deshalb eher bei 3,5 Prozent des Erwerbsbestands – und nicht bei jenen 4,7 Prozent, die sich aus der offiziellen Statistik errechnen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter: iwkoeln.de/ingenieure

Ausbildungshochburg Aachen



Die zehn Regionen mit den meisten ingenieurwissenschaftlichen Hochschulabschlüssen im Jahr 2012 je 1.000 erwerbstätige Ingenieure



Auf Basis des Mikrozensus 2011 und der Hochschulstatistik 2012
 Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter
 des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt

Falsche Weichenstellung

Tarifrunde. Der Abschluss im Öffentlichen Dienst ist ein Rückfall in alte Zeiten. Denn einfache Tätigkeiten werden überproportional verteuert. Diese „Sockelei“ ist weder gerecht noch sinnvoll.

Im Zuge der großen Tarifrechtsreform des Öffentlichen Dienstes in den Jahren 2005 und 2006 haben sich die Tarifparteien ganz bewusst dafür entschieden, einfache Arbeit beim Staat bezahlbar zu machen, also so zu entlohnen, dass der Trend zur Ausgliederung auf private Anbieter zumindest gebremst wird.

Das war den Gewerkschaften von Beginn an ein Dorn im Auge, nicht zuletzt, weil kein Verdienstabstand zum damals geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro mehr vorhanden war. Bei einer 40-Stunden-Woche entsprach das einem Monatssalar von 1.300 Euro – und die erste Entgelttabelle nach der Reform sah im Jahr 2006 für die Länder einen Einstiegslohn von 1.296 Euro vor.

Um einen Abstand herzustellen, forderten ver.di und Co. fortan nicht

mehr einheitliche, sondern differenzierte Lohnerhöhungen. Dabei sollten die unteren Gruppen überproportional angehoben werden. In den Tarifrunden 2008 (Bund und Kommunen) und 2009 (Länder) wurden jeweils 8 Prozent mehr Gehalt oder mindestens 200 Euro gefordert. Für die Geringverdiener lag die Forderung damit bei 15 Prozent.

Mit dieser Strategie haben sich die Gewerkschaften nie so richtig durchgesetzt. Zwar stimmten die Länder 2009 einer Vorweganhebung aller Gehaltsgruppen – also der sogenannten Tabellenwerte – um 40 Euro zu. Einschließlich der zusätzlichen Lohnsteigerung von 3 Prozent entsprach das in der untersten Lohngruppe einem Plus von 6,1 Prozent. Danach konnten die Arbeitgeber diese Praxis allerdings abwehren oder über eine nicht tabellenwirksame Einmalzahlung regeln.

Inzwischen steht ein Mindestlohn von 8,50 Euro im Gesetzentwurf. Er kommt Anfang nächsten Jahres und führt bei 40 Wochenstunden zu einem Monatseinkommen von 1.472

Euro. Dieser Wert liegt recht nahe am Einstiegstarif im Öffentlichen Dienst von zuletzt 1.528 Euro in den Ländern und 1.542 Euro in den Gemeinden.

Um wiederum einen gewissen Lohnabstand herzustellen, forderten die Gewerkschaften in der jüngsten Tarifrunde Lohnerhöhungen von pauschal 100 Euro plus 3,5 Prozent im Bund und in den Kommunen. Bezogen auf die unterste Entgeltgruppe entsprach das einer Forderung von 10,2 Prozent.

Die Arbeitgeber lehnten die „Sockelei“ ab und verwiesen auf eine EU-Studie. Demnach zahlt der Öffentliche Dienst in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern für einfache Tätigkeiten mehr als die Privatwirtschaft und für anspruchsvolle Tätigkeiten weniger.

Beim jüngsten Abschluss haben sich die Gewerkschaften nun vollständig durchgesetzt: Er sieht rückwirkend ab März eine Lohnanhebung um 3 Prozent vor, mindestens aber 90 Euro. Im nächsten Jahr kommen einheitlich weitere 2,4 Prozent hinzu. Alle Lohngruppen unter 3.000 Euro werden überdurchschnittlich, die darüber unterdurchschnittlich angehoben.

Die unterste Gruppe darf sich über ein Plus von 5,8 Prozent freuen.

Für die Länder stellt sich damit langfristig die Frage, wie sie verhindern können, dass einfache Arbeit pauschal verteuert und damit unrentabler wird. Wenn man etwas für besonders belastete Berufsgruppen wie Pflegekräfte oder Busfahrer tun will, sollte man diese gegebenenfalls höher eingruppiieren.

Lohnerhöhungen: Öffentlicher Dienst hat die Nase vorn

Tarifverdienste je Stunde



2014: Prognose
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 15

Erfreuliche Bilanz

EU-Osterweiterung. Vor zehn Jahren, am 1. Mai 2004, traten gleich zehn Länder der Europäischen Union bei. Zwar konnten diese Staaten ihre Wirtschaftsleistung je Einwohner schon vorher schneller steigern als die 15 „alten“ EU-Länder. Doch seit dem Beitritt hat sich der Aufholprozess noch merklich beschleunigt.

Nie zuvor hatte die EU eine solche Erweiterung gestemmt – zehn Länder mit insgesamt rund 75 Millionen Einwohnern zogen 2004 ins gemeinschaftliche Haus ein. Diese Länder konnten nun auch am europäischen Binnenmarkt teilnehmen, also am freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – nur für den Personenverkehr galten zunächst Einschränkungen.

Da viele Handelshürden bereits im Zuge vorbereitender Abkommen auf den EU-Beitritt gefallen waren, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen der neuen Mitgliedsstaaten zur EU-15 schon seit Anfang der 1990er Jahre deutlich intensiviert. Zum Beispiel stieg in Tschechien der Anteil der Warenexporte in die EU-15 am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 16 Prozent im Jahr 1995 über 40 Prozent im Jahr 2004 auf fast 49 Prozent 2012.

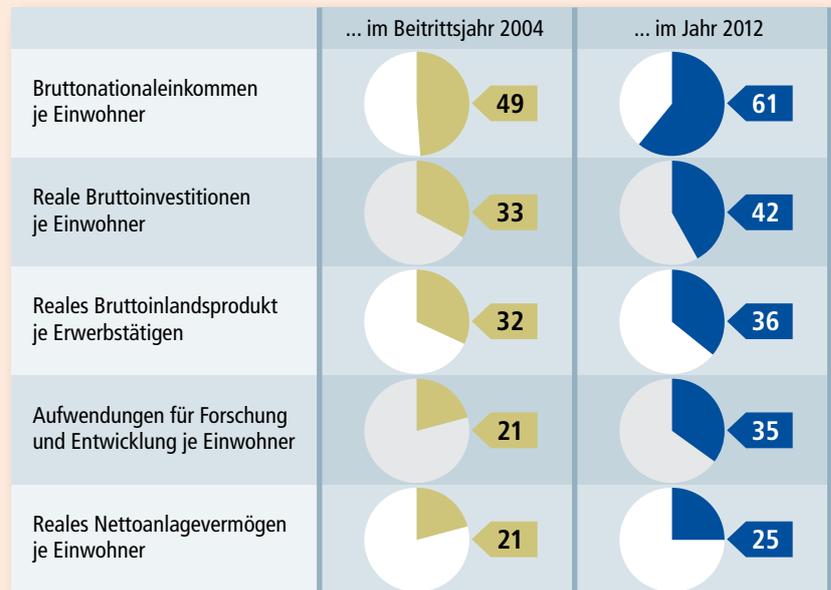
Inzwischen verkauft die tschechische Wirtschaft fast 61 Prozent ihrer Handelsgüter an Kunden in der EU-15. Einen ähnlich hohen Wert erreicht Polen mit 59 Prozent, Ungarn kommt auf 53 Prozent.

Umgekehrt stammen beispielsweise 57 Prozent der polnischen Importe aus den EU-15-Ländern, Slowenien und Tschechien erreichen mit

Die EU wächst langsam zusammen

So viel Prozent des EU-15-Durchschnitts erreichten die zehn mittel- und osteuropäischen Staaten ...

Am 1. Mai 2004 traten diese Länder der Europäischen Union bei: **Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern**



Bruttonationaleinkommen: erwirtschaftete Einkommen, unabhängig davon, ob diese im Inland oder im Ausland erzielt wurden; Bruttonationaleinkommen und Aufwendungen für Forschung und Entwicklung: in Kaufkraftstandards; Nettoanlagevermögen: der um Abschreibungen bereinigte Wert der gesamtwirtschaftlichen Produktionsanlagen, Bauten (einschließlich Straßen) und immateriellen Anlagen wie Computer-Software; Ursprungsdaten: Europäische Kommission, Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 15

jeweils 56 Prozent vergleichbare Werte.

Dass die mittel- und osteuropäischen Staaten vom EU-internen Handel und den anderen Vorzügen des Binnenmarktes profitiert haben, lässt sich an einer Reihe von Indikatoren ablesen (Grafik). Ein Beispiel:

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der zehn neuen Mitgliedsländer erreichte im Beitrittsjahr 2004 nur 49 Prozent des EU-15-Niveaus – im Jahr 2012 waren es bereits 61 Prozent.

Zwar gab es schon vor dem Beitritt eine wirtschaftliche Annäherung, diese hat sich jedoch seither beschleunigt. Zum Glück, denn mit den von 1993 bis 2003 gemessenen Zuwächsen des Pro-Kopf-BIP hätten die zehn neuen Länder 37 Jahre gebraucht, um den Abstand zur EU-15 zu halbieren. Legt man aber die Entwicklung der Wirtschaftsleistung je Einwohner von 2004 bis 2013

zugrunde, beträgt diese „Halbwertszeit“ nur noch 25 Jahre.

Neben eigenen Anstrengungen der Beitrittsländer – sie haben unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung kräftig gesteigert – trugen auch EU-Gelder zum Erfolg der EU-Erweiterung bei:

Um den wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Zusammenhalt zu fördern, flossen 2012 per saldo noch fast 18 Milliarden Euro von den 15 alten in die zehn neuen Mitgliedsstaaten.

Das waren immerhin 2,2 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftsleistung der zehn Beitrittsländer.

Im Jahr 2005 hatten diese Volkswirtschaften lediglich 68 Millionen Euro an EU-Fördermitteln erhalten. Ein Grund dafür war, dass die damaligen „EU-Junioren“ zunächst Programme aufstellen und Projekte erarbeiten mussten, um das Geld aus Brüssel überhaupt sinnvoll einsetzen zu können.

Spargellose Statistik

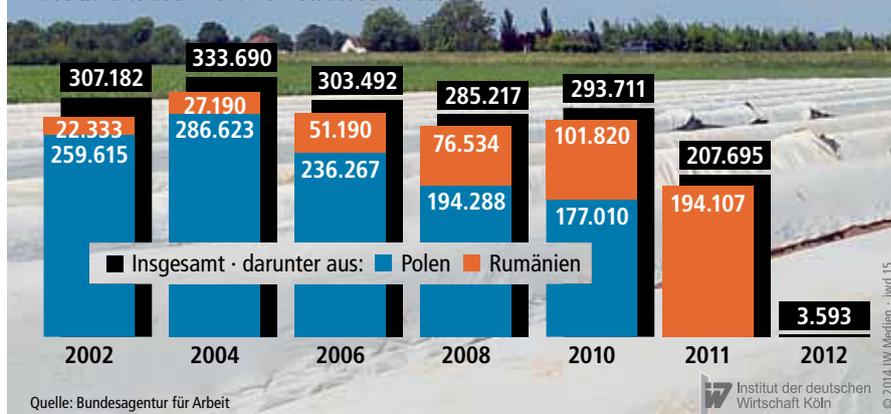
Saisonarbeiter. Seit Jahr und Tag helfen osteuropäische Saisonarbeitskräfte in Deutschland bei der Ernte oder arbeiten in anderen Branchen, deren Geschäfte vor allem von der Jahreszeit abhängen. Im Gegensatz zu früher werden diese Saisonarbeiter aber nicht mehr statistisch erfasst.

Saisonkräfte sind vielerorts unverzichtbar. Sie werden in der Landwirtschaft – etwa bei der Spargel- und Gurkenernte – oder in der Gastronomie gebraucht. Da Einheimische für diese Jobs oftmals nur schwer zu begeistern sind, kommen die meisten Saisonarbeiter aus Osteuropa, wo das durchschnittliche Lohnniveau weit niedriger ist als hierzulande.

Solange für Arbeitnehmer aus Osteuropa in der EU noch keine volle Freizügigkeit bestand, brauchten sie eine Aufenthaltsgenehmi-

Saisonarbeiter: Woher sie kamen

Saisonarbeiter aus Ländern wie Polen und Rumänien brauchten in Deutschland bis 2010 bzw. bis Mitte 2012 eine Arbeitsgenehmigung. Mit dem Ende der Erlaubnispflicht werden diese Arbeitskräfte auch nicht mehr statistisch erfasst.



gung. Diese wurde nach einer umfangreichen Prüfung von der Bundesagentur für Arbeit erteilt (Grafik). Damit konnten Arbeitnehmer für maximal sechs Monate in eng abgegrenzten Branchen und mit einer wöchentlichen Garantiearbeitszeit von mindestens 30 Stunden beschäftigt werden. Erlaubt war Saisonarbeit in der Landwirtschaft, der Obst- und Gemüseverarbeitung, in Sägewerken sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe – mit Ausnahme von Bars und Nachtclubs.

Das ganze Verfahren war an zahlreiche Anträge und Genehmigungen gebunden und beinhaltete – zum Beispiel in puncto Unterkünfte – detaillierte Vorschriften.

Die Bundesagentur für Arbeit vermittelte regelmäßig rund 300.000 Arbeitnehmer pro Jahr, die meisten stammten aus Polen und Rumänien.

Weil die Staatsangehörigen der osteuropäischen Beitrittsländer

mittlerweile die volle Freizügigkeit genießen, ist das Genehmigungsverfahren überflüssig geworden. Sämtliche Beschränkungen sind aufgehoben. Nur für Kroaten gelten noch einige Einschränkungen, denn sie sind erst seit Mitte 2013 EU-Bürger.

Wie es mit der Saisonarbeit weitergeht, ist gleichwohl ungewiss. Denn die Einführung des Mindestlohns könnte bewirken, dass viele Jobs unrentabel werden – und am Ende zum Beispiel weniger Spargel in Deutschland angebaut wird.

Gegenwärtig bekommen Landarbeitskräfte einen tariflichen Stundenlohn von 7 Euro. Ab Juli liegt der Tariflohn bei 7,30 Euro im Westen (Ost: 7,10 Euro). Bis Dezember 2017 soll er auf 8,50 Euro steigen. Ob diese Tarifvereinbarung die Voraussetzungen erfüllt, um den bereits ab 2015 geltenden Mindestlohn verschieben zu können, ist aber noch nicht ausgemacht.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.